

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Verantwortlicher: Die Verlagsanstalt Auer-Verlag für das Erzgebirge, Auer, Postfach 10. — Druck: Auer-Verlag für das Erzgebirge, Auer, Postfach 10.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Amtsamt Leipzig Nr. 1999

Nr. 133

Freitag, den 11. Juni 1926

21. Jahrgang

Die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung vor dem Reichstag.

Berlin, 10. Juni. Im Laufe der gestrigen Sitzung des Reichstages stellte sich heraus, daß die Beratung des Reichsnachschußgesetzes zu viel Zeit erfordert, um noch die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung behandeln zu können.

Das Gesetz wird also erst heute Donnerstag eingebracht werden. Der Reichsinnenminister Dr. Brüning wird dieses mit einer kurzen Erklärung tun. Wie es heißt, werden dann die Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der sie zum Ausdruck bringen wollen, daß sie von Anfang an bestrebt gewesen seien, eine reichsgesetzliche Regelung der Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen Fürstenhäusern und den jetzigen Ländern zustande zu bringen, was leider dadurch

verhindert worden sei, daß sich die Parteien über die Bestimmungen des Gesetzes nicht einig konnten. Um so mehr hätten sie es begrüßt, daß die Reichsregierung dann selbst die Initiative ergriff und ein solches Gesetz dem Reichstage vorlegte. Die Regierungsparteien erwarten, daß das Gesetz noch vor der Sommerpause des Parlamentes verabschiedet werde.

Die Regierungsparteien werden die Ueberweisung des Gesetzes an den Rechtsausschuß beantragen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Arbeiten dort vor dem 20. Juni, dem Tage des Volkentscheides, beendet sein werden. Sowohl die Sozialdemokraten als die Deutschen Nationalen werden selbstverständlich den Ausgang des Volkentscheides abwarten wollen.

Frankreich wünscht keinen Dritten in Marokko.

Scharfe Abweisung Mussolinis.

Paris, 9. Juni. Der neue italienische Versuch, im Zusammenhang mit den für nächste Woche angekündigten französisch-spanischen Verhandlungen über die administrative Organisation des im Kampf gegen Abd el Krim eroberten Nigrogebietes die Marokkofrage in ihrer Gesamtheit aufzurollen, hat hier stark alarmiert. Man sieht hier in den Auslassungen der französischen Presse einen von der zuständigen Stelle inspirierten Sondernotwendungsversuch und befürchtet, daß ihm eine diplomatische Aktion von Seiten Mussolinis sehr bald folgen wird.

Die französische Presse in ihrer Gesamtheit, von den Organen des Nationalismus bis zu denen der äußeren Linien,

ist einmütig in der Zurückweisung der italienischen Ansprüche. Auch die von Rom aus lancierte Idee einer neuen internationalen Konferenz wird hier ebenso kategorisch abgelehnt wie das dafür geltend gemachte Argument, das die Aufteilung betrifft und infolge der auf die neutrale Zone von Tagger zu erwartenden Rückwirkungen eine völlig neue Situation schaffe, die das maritime Gleichgewicht im Mitteländischen Meer zumungunsten Italiens verschiebe. Starke Verstimmung hat hier insbesondere die von der faschistischen Presse vertretene These ausgelöst, wonach Italien bereit sei, in die Rechte und Ansprüche einzutreten,

die Deutschland früher geltend gemacht habe und auf die es im Vertrage von Versailles habe verzichten müssen.

Die „Information“ erklärt, daß diese These, die sich über die bestehenden Verträge hinwegsetze, nicht weniger frivol sei als Bethmann-Hollwegs Anspruch vom „Rehen Papier“. Italien profitiere als africanische Kolonialmacht ohne eigene Kosten von dem französisch-spanischen Siege über Abd el Krim. Wenn es darüber hinaus weitere Ansprüche stelle, so müßten diese auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Beantwortung einer italienischen Beschwerde in Prag.

Prag, 9. Juni. Eine von den Sozialdemokraten für morgen angekündigte Trauerkundgebung für Matteotti ist abgesagt worden. Wie es heißt, hat die politische Landesverwaltung die Polizeibehörden angewiesen, Angriffe auf den Faschismus in öffentlichen Versammlungen nicht zuzulassen und bei Zuwiderhandlung die Versammlungen aufzulösen. Diese Maßnahmen dürften in Zusammenhang stehen mit einer Beschwerde der italienischen Gesandtschaft anlässlich einer Rede, die der tschechoslowakische sozialdemokratische Abgeordnete Pils in Pilsen gehalten hat. Der Abgeordnete Pils hatte den Faschismus in Italien in äußerst scharfen Ausdrücken kritisiert und u. a. erklärt, der Faschismus, der nicht einmal vor Mord und Brandstiftung zurückgeschreckt sei, könne nur in einem Lande der Anarchie gebildet werden. Die italienische Gesandtschaft hatte gegen diese Rede Verwahrung eingelegt und Genugtuung verlangt. Die tschechoslowakische Regierung hat nach einer Rücksprache mit dem Abgeordneten Pils, in der dieser erklärte, daß er nichts zu widerrufen habe, da er nicht das italienische Volk beleidigen, sondern nur die faschistischen Methoden kritisieren wollte, der italienischen Gesandtschaft eine Antwort übermittelt, in der der „Prager Abendpost“ zufolge erklärt wird, das tschechoslowakische Ministerium las Neuzugabe die Uebersetzung gewonnen, daß es

stark richtig sei, daß der Abgeordnete den Faschismus kritisierte, die von ihm tatsächlich gebrauchten Worte könnten jedoch nicht als eine Beleidigung des italienischen Volkes ausgelegt werden. Schließlich verweist die Mitteilung noch darauf, daß der Abgeordnete als Bürgermeister der Stadt Pilsen bei Gelegenheit eines italienischen Besuches in Pilsen seine Gefühle aufrichtiger Freundschaft zum italienischen Volk zum Ausdruck gebracht habe.

Die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland.

London, 9. Juni. In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Äußeren in der Frage der Stärke der britischen und sonstigen vormals alliierten Besatzungstruppen im Rheinland, die Politik der vormals alliierten Länder bleibe so, wie sie in der Note der Botschafterkonferenz an den deutschen Botschafter in Paris vom 16. November 1925 auseinandergesetzt worden sei.

Lord Cecil über die Abrüstungsfrage.

London, 9. Juni. Im Oberhaus erklärte Lord Cecil auf eine Anfrage über die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf, das Ziel aller Entschlüsse müsse sein, Angriffskriege unmöglich zu machen. Eine Verminderung der Rüstungen müsse sich eher auf eine solche der Friedensrüstungen beziehen, als auf den Versuch, sich mit der potentiellen Kriegesstärke eines Landes zu befassen, die sich in Wahrheit nicht vermindern lasse, sondern letzten Endes von seiner Bevölkerungszahl und seinen natürlichen Hilfsquellen abhängig sei. Was vermindert werden könne, sei die aggressive Streitlust. Was den chemischen Krieg betreffe, so müsse dieses Problem in den hierfür ernannten Ausschüssen nicht schnell aber gründlich und endgültig geregelt werden. Das größte Hindernis für die moralische Abrüstung sei im Augenblick Rußland, das nicht einmal die Abrüstungsfrage erörtern wolle. Vielleicht ständen auch noch andere Länder im Wege. Sein Gesamteindruck von den Genfer Beratungen sei ein günstiger. Die Vorbereitende Kommission habe bessere Arbeit geleistet, als er erwartet habe. Das endgültige Ergebnis werde aber von dem Friedenswillen der Völker abhängen. Wenn diese an die Abrüstung glauben, dann werde sie auch möglich sein.

Zusammenstöße in Mieschowitz.

Mieschowitz, 9. Juni. Der Polizeipräsident in Mieschowitz teilt mit: In der Nacht vom 8. zum 9. Juni zwischen 11 und 12 Uhr ist es in dem Orte Mieschowitz, Kreis Reuthen, zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und des Landesflügelbundes gekommen. Der Angehörige des Landesflügelbundes Kortha aus Mieschowitz hat dabei mehrere Pflichtenstücke abgegeben, wobei der Polizeiwachmeister Witzsch der einschreiten wollte, einen Bauchschuß erhielt. Der Beamte liegt zurzeit schwerverletzt im Krankenhaus und ist nicht vernunftfähig. Durch einen der von Kortha abgegebenen Schüsse ist der Arbeiter Piersa, der sich mit dem Rabe auf dem Heimwege von der Schicht befand, und zufällig in die Schußrichtung gekommen war, im Gesicht verletzt worden. Kurze Zeit, nachdem Kortha den Schuß auf den Beamten Witzsch selbst geteilt. Von den am Vorfall beteiligten Personen sind bereits einige festgenommen worden. Die weiteren Ermittlungen sind eingeleitet.

Nochmals Vertagung in Genf?

Genf, 9. Juni. Die Ratsfrage wird nun anscheinend doch in dieser Tagung zu keiner wirklichen Lösung mehr kommen, sondern auf die nächste Tagung verschoben werden, ebenso wie übrigens aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Frage der französischen Truppen im Saargebiet. In einer Geheim Sitzung von heute nachmittag hat der Rat begonnen, die Frage zu erörtern, soll aber, wie man sagt, infolge des Widerspruches Chamberlains damit nicht sehr weit gekommen sein. Chamberlain verlangte, als Scialoja in die sachliche Debatte eintrat und den Antrag stellte, daß die Zahl der Ratsmitglieder keinesfalls über 14 hinaus erhöht werden solle, daß die Frage unbedingt in öffentlicher Sitzung verhandelt werde. Darauf wurde beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu stellen.

Dieser Beschluß, wenn er morgen in der erwöhnten Form gefaßt wird, ist natürlich darauf zurückzuführen, daß Brasilien und Spanien ihre Haltung gegenüber der Frage des deutschen Ratsstimmes bisher in keiner Weise geändert haben, ebensowenig wie sie ihre Forderung nach einem ständigen Ratsstimm für ihre Regierung aufgegeben haben, und daß der Rat eine weitere Frist zu gewinnen versucht, bevor er zu dem letzten Mittel greift. Dieses letzte Mittel würde darin bestehen, durch die Völkerbundsversammlung das von der Ratskommission kürzlich angenommene Statut beschließen zu lassen, das die Ausschließung Spaniens und Brasiliens aus dem Rate durch sofortige Neuwahl der gesamten nichtständigen Ratsmitglieder in der Septemberversammlung gestattet.

Weiter hat der Rat in seiner geheimen Sitzung beschlossen, daß die Architekten sowohl des Saargebietes und Danzigs wie des ganzen deutschen Reiches zu dem Wettbewerb für den Plan eines neuen Versammlungsgebäudes des Völkerbundes zugelassen werden sollen, der in etwa vier Wochen ausgeschrieben werden wird.

Die nächste öffentliche Sitzung des Rates findet morgen vormittag 10½ Uhr statt.

Brasilien bleibt im Völkerbund.

London, 9. Juni. „Morningpost“ meldet aus Rio de Janeiro: Der brasilianische Außenminister hat im Senatsausschuß für Auswärtiges Brasiliens Ziele und Aufgaben im Völkerbund erneut erläutert. Aus seiner Rede sei nicht zu entnehmen, daß Brasilien den Austritt aus dem Völkerbund vorbereite.

Ratsreform und Einberufung einer zweiten Studienkommission.

Genf, 9. Juni. Der Völkerbundsrat behandelte heute nachmittag in kurzer geheimer Aussprache die Frage der Ratsreform und die eventuelle Einberufung einer zweiten Tagung der Studienkommission, ohne daß die Vertreter Brasiliens und Spaniens dabei viel wahrheitsgemäß gehalten, daß Mello-Franco in der öffentlichen Sitzung vom Donnerstag vormittag eine kurze Erklärung abgegeben, und daß das italienische Ratsmitglied die bereits in der Studienkommission abgegebene Erklärung erneuern wird, daß Italien mit der Erhöhung der Gesamtzahl der Ratsmitglieder auf 14 unter der Voraussetzung einverstanden ist, daß über diese Zahl nicht hinausgegangen wird.

Nach dem jetzigen Stande der Dinge dürfte es sich bei der morgigen Sitzung um eine rein formale Endgenahme des Vorberichtes der Studienkommission handeln. Dabei bleibt die Absicht bestehen, daß Guant als Präsident des Rates im Einvernehmen mit Motta, dem Präsidenten der Studienkommission, diesen Ausschluß zu einer zweiten Tagung einberufen kann, die aber kaum, wie ursprünglich vorgesehen war, bereits am 28. Juni zusammentreten dürfte, und deren Einberufung vor der nächsten Ratstagung im September oder einer etwaigen früheren außerordentlichen Ratstagung noch nicht sicher ist.

Spanien verlangt ständigen Ratsstimm.

Madrid, 9. Juni. Das spanische Kabinett hat beschlossen, an seinen Genfer Forderungen auf einen ständigen Ratsstimm für Spanien festzuhalten.

Der Wettbewerb für den Bau des Völkerbundshauses.

Genf, 9. Juni. Der Völkerbundsrat beschloß, daß an dem internationalen Wettbewerb für Entwürfe zum Bau eines Versammlungshauses des Völkerbundes auch deutsche, saeculärer und Danziger Architekten teilnehmen können.

ge.
eroda
ten.
all.
schenring
eroda.
ugsort.
attiger,
Garten
dtel
Tel. 257
obiumbab
Biere
städte
berg
berg
reich
bach